

sich auch nur die dafür institutionalisierten Arbeitsgruppen aus.

Der „Dialog der Experten“ bleibt marginal, defizitär und wird von den Gruppen, die an der Basis schon vorangekommen zu sein scheinen, seiner Bedachtsamkeit und Bedenken wegen zudem als Bremsklotz erfahren. Dabei fehlen nichts als Strukturen, die die Aktivitäten der Gemeinden vernetzen, die Erfahrungen mit den Dialog-Experten konfrontieren, den Austausch zur Auswertung bringen und die Effektivität der Einzelaktionen erhöhen. Sie in Form von *Kontaktpersonen* in der Diözese und den Dekanaten aufzubauen, weigern sich die katholischen Bistümer, ähnlich wie die evangelischen Landeskirchen ihre Bemühungen sparsamer umsetzen müssen. Daß nun in der Vernetzung die regionalen Arbeitsgemeinschaften Christlicher Kirchen (ACK) eine bedeutende Rolle übernehmen werden, zeichnet sich bereits ab.

Auch an der Basis des Dialoggeschehens gab es ausreichend Umsonst-Erfahrungen. Ein Verhaltensmuster, das in der Begegnung mit Muslimen in die Ausweglosigkeit führte und sich überholt hat, läßt sich mit „Anwalts-“ oder „Stellvertreterfunktion“ beschreiben. Als die Begegnung zwischen Christen und Muslimen vor rund zwei Jahrzehnten organisiert aufgebaut wurde, waren manche islamischen Organisationen in Deutschland noch nicht einmal vertreten, z. B. die Türkische Anstalt für Religion, und die anderen Moscheegemeinden und Vereine gerade dabei, sich einzurichten. Wenn es

ihnen an Räumlichkeiten für die Feiern fehlte, sprachen sie schon mal bei der Kirche vor, oder baten dann die Vertreter der Kirchen, beim Erwerb geeigneter Immobilien befürwortend beizustehen. Die christlichen Dialogpartner wurden als Bündnispartner verstanden und benutzt. Und sie haben sich mit Engagement für die Muslime stark gemacht.

Ein Beispiel für die Grenzen der Anwaltsfunktion sei die Diskussion um den *multikulturellen Kindergarten*. War es anfangs die Frage, ob muslimische Kinder in den konfessionellen Kindergarten aufgenommen werden sollten, die schließlich zur Förderung der Integration und des fruchtbaren Zusammenlebens bejahend beantwortet wurde, trat bald die Forderung nach muslimisch-türkischen Erzieherinnen dazu. Die Formen von sprachlicher und religiöser Segregation jedoch, die derzeit in den Großstädten beobachtet werden, geben den Warnern nachträglich Recht. Heute ist es nichts Besonderes mehr, daß die islamischen Organisationen ihre eigenen Kindergärten, mit muslimischen Erzieherinnen und Fördermitteln aus der Jugendpflege einrichten – und das, ohne die Kirchen um Unterstützung zu fragen oder wenigstens mit ihnen einen gemeinsamen Weg abzuklären.

Auch eine Übersetzung der paulinischen Missionsmethode, den Muslimen Muslim werden, hat sich in keiner ihrer Variationen bewährt. Der Dialog verlangt nach Aufrichtigkeit und Standfestigkeit mit ausreichender Beweglichkeit für das Miteinander.

Barbara Huber-Rudolf

Beträchtlicher Einfluß

Orthodoxie und Politik in Südosteuropa

Die orthodoxen Nationalkirchen in Südosteuropa sind in ihren Ländern auch ein ganz erheblicher politischer Faktor, sei es durch direkte oder durch indirekte Einflußnahme. Das gilt für Rumänien wie für Bulgarien und Serbien. Hannes Schreiber (Wien) hat für uns Fakten und Beobachtungen zu diesem interessanten Problemfeld zusammengetragen.

In mehreren Ländern auf dem Balkan gewinnen Vertreter der Kirche einen Einfluß auf die Politik, wie er in Mitteleuropa weitgehend unvorstellbar ist. Teilweise geht es dabei um eine religiöse Verbrämung politischer oder gesellschaftlicher Ereignisse, teilweise aber auch um konkrete Einflußnahme auf politisches Geschehen, vor allem aber um Unterstützung oder Verurteilung von Politikern. Nicht zuletzt spielen Hierarchen und Mönche, die aufgrund ihres geistlichen Lebens angesehen sind, bisweilen eine hervorragende Rolle – lassen sich aber auch vor den Karren einer Partei oder Strömung spannen.

Der Staat brauche zwar nicht die Hilfe Gottes, aber die Autorität der Kirche, meinte unlängst ein Berater *Boris Jelzins*. Tatsächlich genießt heute die Kirche in den meisten vorwie-

gend orthodoxen Reformländern unter der Bevölkerung von allen Institutionen das höchste Ansehen, in anderen, wie etwa in Bulgarien, das höchste Ansehen nach dem Militär. Dementsprechend ist es für Politiker von nicht zu unterschätzendem Wert, wenn sie auf Kontakte zu angesehenen kirchlichen Persönlichkeiten verweisen können. Umgekehrt bietet dies Persönlichkeiten des kirchlichen Lebens die Möglichkeit, Einfluß auf wesentliche Entscheidungen in der Politik zu nehmen.

In Rußland hat sich und seiner Kirche Patriarch *Aleksij* Zurückhaltung auferlegt: „Wenn die Kirche eine Ehe mit dem Staat schließt, kann sie in ungunstigen Zeiten leicht zur Witwe werden!“ Für verschiedene orthodoxe Persönlichkeiten auf dem Balkan gilt dieser Grundsatz nicht. Der Hoff-

nung auf ein besseres Leben des eigenen Volkes oder einer christlicheren Gesellschaft, der Sorge um die Bewahrung der Identität des eigenen Volkes wird ein hoher Stellenwert eingeräumt, so etwa bei der Wahl des rumänischen Präsidenten *Emil Constantinescu* im November 1996.

Constantinescu hatte sich schon in kommunistischer Zeit immer wieder als orthodoxer Christ deklariert und publizierte auch in kirchlichen Veröffentlichungen, etwa in einer Festschrift für den bekannten Dogmatiker *Dimitru Stăniloae*. Im Wahlkampf kam ihm der rumänische Patriarch *Teoctist* zu Hilfe, ebenso wie der orthodoxe Bischof *Andrej* von Alba Julia. Wichtiger noch scheint aber die Unterstützung durch *Konstantin Galeriu* gewesen zu sein. Während der rumänische Patriarch durch seine (wohl damals unvermeidbare) Nähe zum Regime *Nicolae Ceaușescus* kompromittiert ist, gilt Galeriu, Professor an der Theologischen Fakultät Bukarest, als integer. Durch Mundpropaganda ist er schon lange in weiten Kreisen Rumäniens als Beichtvater und als Mann des Gebetes bekannt. Er verkörpert etwa das, was bei uns als „Starez“ bezeichnet wird.

Die Ausstrahlung geistlichen Lebens

Wie groß dieser Einfluß genau war, läßt sich schwer abschätzen. Gesprächspartner aus verschiedenen Volksgruppen und Konfessionen in Rumänien brachten Galeriu jedenfalls wenige Tage nach der Wahl immer wieder mit dem Sieg Constantinescus in Verbindung, etwa unter folgendem Gedankengang: Wenn ein Mann wie Galeriu den Präsidentschaftskandidaten unterstützt, wenn er ihn noch dazu schon lange kennt, dann muß er eine glaubwürdige Persönlichkeit sein; vor allem bestehen dann Aussichten, daß er endlich der Korruption ein Ende macht.

Wer Rumänien ein wenig kennt, weiß, wie furchtbar deren Auswirkungen auf die Wirtschaft, vor allem aber auf die Rechtssicherheit sind, und welcher Willkür staatlicher Organe rumänische Bürger bisweilen ausgesetzt sind. Ein Präsidentschaftskandidat, der dem ein Ende zu setzen verspricht, konnte in Rumänien auf gute Chancen rechnen. Dementsprechend dürfte auch das Versprechen Constantinescus, die Korruption zu beenden, verbunden mit dem Auftreten gemeinsam mit besonders integren Persönlichkeiten, für seinen knappen Wahlsieg von wesentlicher Bedeutung gewesen sein.

Einen noch größeren Einfluß auf die Gesellschaft, wenn gleich nicht unmittelbar auf die Politik, übt der wegen seines geistlichen Lebens allgemein bekannte „Starez“ *Parintele Cleopa* aus. Der 1912 geborene Vater Cleopa begann sein geistliches Leben als Mönch im orthodoxen Kloster Sihăstria; er eignete sich als Autodidakt theologisches Wissen an, wurde Priester und während des Krieges zum Abt gewählt. In der Verfolgungszeit der Nachkriegsjahre zog er sich als Eremit in den Wald zurück, wo er acht Jahre lebte; danach ging er auf Weisung des Patriarchen wieder in sein Kloster.

In den nächsten Jahren kamen immer mehr Leute aus ganz Rumänien zu ihm, ja sogar aus dem Ausland kamen Gäste. Insgesamt waren es oft mehrere Tausend an einem Tag, viele zur Beichte.

Heute lebt *Parintele Cleopa* wieder zurückgezogen, weil die großen Menschenmassen, die zu ihm drängen, für ihn zu anstrengend sind. Anziehend macht ihn wohl, daß er überzeugend wirkt und seine Strenge verbunden ist mit großer Herzlichkeit. *Cleopa* wird kaum je direkt Einfluß auf das politische Geschehen nehmen, wesentlich ist aber, daß immer wieder Personen des öffentlichen Lebens zu ihm kommen, um sich von ihm Rat zu holen oder mit ihm ein Gespräch zu führen, zuletzt der ehemalige rumänische König Michael im Mai 1997.

Unmittelbare politische Betätigung von Priestern wird dagegen auch in Rumänien nicht gerne gesehen: Im Februar 1997 wurden jene beiden Priester der orthodoxen Diözese Cluj (Klausenburg) suspendiert, die ins Parlament gewählt worden waren. In *Bulgarien* gab es in den vergangenen Regierungsperioden vereinzelt Priester oder Mönche im Parlament, sie spielten aber eine eher untergeordnete Rolle. Am Rande sei auf den politisch wohl erfolgreichsten Geistlichen in Südosteuropa, den Zagreber Theologieprofessor und Priester *Adalbert Rebić* verwiesen, der sich während des Krieges um Flüchtlinge kümmerte und in der kroatischen Regierung einige Zeit das Amt des Flüchtlingsministers bekleidete.

Über die Rolle von Patriarch *Pavle* und die anderer Repräsentanten der *serbisch-orthodoxen* Kirche im jüngsten Krieg auf dem Balkan ist verhältnismäßig viel in westlichen Medien geschrieben worden. Wichtig scheint dabei, daß die serbische Kirche nicht als monolithischer Block verstanden wird. *Pavle* ist zweifellos eine Person, die in Belgrad hohes Ansehen genießt, nicht als Politiker, sondern als frommer Mensch. Mehrmals hörte der Autor im Belgrad der Kriegsjahre die Aussage: „Das ist ein Heiliger!“ Geachtet werden seine Wertschätzung für die Liturgie und sein einfacher Lebensstil, um den sich viele Legenden ranken. (Etwa, daß er mit der Straßenbahn fahre und sein Dienstauto nach Möglichkeit nicht verwende.) Während er persönlich im allgemeinen hochgeschätzt wird, war sein politischer Einfluß während des Krieges eher gering, was ungefähr seinen Kenntnissen politischer Abläufe und Mechanismen entspricht.

Während des Krieges setzte man immer wieder auf ihn die Hoffnung, daß er dazu beitragen könne, den Konflikt zu mäßigen oder gar zu beenden, eine Erwartung, die er kaum erfüllen konnte. Der Krieg war kein Religionskrieg, die Regierung *Milošević* kümmerte sich nicht um unzählige Ausrufe des Patriarchen für ein Ende des Blutvergießens an beide Seiten oder um Aufforderungen des Hl. Synods an *Milošević*, zurückzutreten, weil er das serbische Volk verraten und in einen aussichtslosen Krieg geführt habe.

Eher hätten serbische Bischöfe Chancen gehabt, auf die bosnischen Serben mildernd einzuwirken: In Pale wird das Par-

lament mit Weihwasser gesegnet, Religionsunterricht ist Pflicht, kirchliche Feiertage werden geachtet. Welche Rolle der Orthodoxie in Pale während des Krieges zukam, zeigt die Aussage von Serbenführer *Karadžić*: „Wir haben keine einzige wichtige Entscheidung ohne die Kirche getan.“ Beim Vertrag, in dem *Karadžić Milosević* das Recht auf die Führung der weiteren Verhandlungen einräumte, wurde *Pavle* als Zeuge zugezogen. Dafür haben ihn einige Bischöfe zum Rücktritt aufgefordert.

Kirche als Hüterin nationaler Identität

Erfolgreich konnten der serbische Patriarch und der Hl. Synod erstmals beim Streit um die Anerkennung der Kommunalwahlen in Serbien am 17. November 1996 ihren Einfluß geltend machen: Beim orthodoxen Weihnachtsgottesdienst vor der Baustelle der neuen Hl.-Sava-Kathedrale versammelten sich, für mitteleuropäische Verhältnisse kaum vorstellbar, 400 000 Menschen. In der Weihnachtsbotschaft rief der Patriarch die Regierung auf, die Kommunalwahlen anzuerkennen.

In den folgenden Wochen folgten mehrere ähnliche Appelle von *Pavle* und anderen Bischöfen: Am 20. Januar 1997 ging der Patriarch ins Stadtzentrum zu den Studenten, die in tagelanger Konfrontation mit der Polizei ausgeharrt hatten, ermutigte sie und segnete sie. Ihm folgte der Metropolit von Montenegro. Eine halbe Million Menschen nahm schließlich an der Prozession zu Ehren des heiligen Sava, des serbischen Nationalheiligen, teil. Die serbische Kirche zwang dabei die Polizei mit ihrer Autorität, die Straßensperre für jene Straßen aufzuheben, die Zentrum des Studentenstreiks war, indem sie die Prozession durch jene Straße führen ließ. Als Mitte Februar schließlich die Wahlen anerkannt wurden, war dies sicherlich vor allem den zähen Demonstranten zuzuschreiben, die drei Monate beharrlich geblieben waren. Die Kirche hatte dazu moralische Unterstützung geliefert und war zuletzt eine Plattform, die schwer angreifbar war, was ein wenig an die Situation am Ende der DDR erinnert.

Die Haltung der serbischen Kirche während des Krieges und danach blieb für viele unverständlich: Stellungnahmen für Kriegstreiber auf der einen Seite, dann aber für eine demokratische Veränderung auf der anderen – ein Frontenwechsel? Tatsächlich betrachtete sich die orthodoxe Kirche während der ganzen Zeit unter dem traditionellen Schema der „Wahrerin der nationalen Identität des Volkes“. Gefördert wurde, was – nach Ansicht der Kirche – dem serbischen Volk half, verurteilt, was ihm schadete.

Schließlich scheint das Denken des Theologen *Nikolaj Velimirovic* (1880–1956), dessen Schüler zahlreiche Professoren an der theologischen Fakultät und Bischöfe sind, von wesentlicher Bedeutung zu sein: Er war der Auffassung, das serbische Volk habe von Gott eine besondere nationale Sendung, es sei Gottes neues auserwähltes Volk. Der Untergang des serbischen Reiches am Amselfeld (1389) und die fol-

gende Unterdrückung ist in seiner Deutung Folge des freiwillig vom serbischen Volk auf sich genommenen Leidens um Christi willen. Das serbische Volk sei besonders opferbereit, leidensfähig und unbesiegbar, erklärte einer seiner Schüler, Bischof *Athanasije Jevtić*, bereits 1980. Nach diesem Schema ließ sich auch das Leiden des serbischen Volkes im vergangenen Krieg deuten: Fakten, die dieser Vorstellung nicht entsprachen, wurden beiseite geschoben oder geleugnet.

Grundsätzlich ist die Einflußnahme der Kirche im staatlichen Geschehen „orthodoxer Staaten“ nichts Fremdes. Es gibt zahlreiche Beispiele in der orthodoxen Kirchengeschichte dafür, daß Bischöfe und Patriarchen auf die Staatsgeschäfte Einfluß nahmen, man denke etwa an die Jugendzeit *Iwans des Schrecklichen* oder an den ersten Präsidenten des unabhängigen Zypern, Erzbischof *Makarios*. Genauso gehört die Einmischung des Staates in innerkirchliche Angelegenheiten zum Regelfall.

So sieht die Lage gegenwärtig in Bulgarien aus, wo eine staatliche Kommission 1992 feststellte, Patriarch *Maxim* sei 1971 nicht kanonisch gewählt worden. Tatsächlich hätte die kommunistische Regierung keinen anderen Kandidaten akzeptiert. In der Folge wurde 1992 von vier Bischöfen ein Gegensynod gebildet, seit Juli 1996 gibt es auch einen Gegen-„Patriarchen“, den inzwischen 91jährigen Metropolit *Pimen*. Die staatliche Anerkennung, welcher Synod nun rechtmäßig sei, wechselte seit 1992 bereits drei Mal, je nach amtierender Regierung. Die gegenwärtig regierende „Union der demokratischen Kräfte“ unterstützt *Pimen*, der von keiner anderen orthodoxen Kirche anerkannt wird. Die Hoffnungen, das Landeskonzil, das Anfang Juli einberufen wurde, würde das Schisma lösen können, dürften sich nicht erfüllen. In Bulgarien konnte die Kirche das Potential, das sie aufgrund ihres hohen Ansehens hat, bisher nicht nutzen. Möglichkeiten hätte sie vor allem aufgrund des großen ideologischen Vakuums.

Orthodoxes Christentum als Ersatzideologie?

In welche Richtung das Interesse am Christentum auch gehen kann, zeigt das folgende Erlebnis des Autors: Eine Einladung führte zu einem Bibelseminar an der Schwarzmeerküste Bulgariens; die Teilnehmer seien vorwiegend Atheisten, aber interessiert am Christentum. Während des Seminars zeigte sich immer mehr: Neben dem Aufgebot an raumfüllenden Schulklassen handelte es sich vor allem um ehemalige kommunistische Parteikader (die kommunistische Partei war in Bulgarien unverhältnismäßig mitgliedertark), näherhin um Parteiideologen. Obwohl es sich doch um „Atheisten“ handelte, war es schlichtweg aussichtslos, eine Diskussion zu versuchen. Im Gegenteil! Jede Aussage eines Referenten wurde von einem der ehemaligen Professoren für Geschichte der bulgarischen Partei oder für ange-

wandten Marxismus sofort belegt oder nach Möglichkeit bewiesen.

Deutungsschema für dieses Verhalten bilden kommunistische Kadenschulungen: Nicht die eigene Meinung zählte, Aufgabe der Ideologen war vielmehr, die Meinung des Parteivorsitzenden, Referenten etc. theoretisch zu untermauern. Interessanter aber war die Erklärung einer Teilnehmerin: „Die Leute haben hier großes Interesse am Katholizismus. Wenn heute ein Parteiführer spricht, kommen zwanzig, dreißig, vielleicht fünfzig Leute. Wenn der Papst in Manila predigt, kommt eine Million. An dieser Ideologie muß etwas dran sein.“

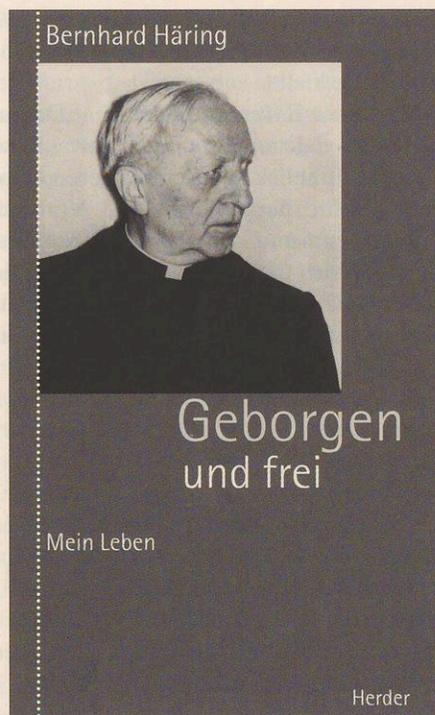
Daß das Christentum auch als kultureller Faktor gesehen wird, zeigt die Begründung des Übertritts einiger bulgarischer Muslime zur katholischen Kirche: Bulgarien sei ein christliches Land, es passe nicht, hier Moslem zu sein. Die orthodoxe Kirche sei jedoch durch ihre Verquickung mit dem kommunistischen Regime unglaubwürdig. So seien sie katholisch geworden.

Noch ein wenig anders stellt sich die Situation in *Makedonien* dar: Sowohl das Nationalbewußtsein der Makedonier ist verhältnismäßig neu als auch die Autokephalie ihrer Kirche (die ja bis heute von der Gesamtorthodoxie nicht anerkannt ist). Bedroht ist diese Selbständigkeit in unterschiedlicher Weise von Serben und Griechen, während sich Bulgarien weitgehend neutral verhält, das Makedonische aber als bulgarischen Dialekt sieht. Die Kirche zeigt vor diesem Hintergrund eine besonders ausgeprägte Bereitschaft, sich hinter ihre Nation zu stellen.

Seit der Selbständigkeit der Republik ist die Religion zweifellos in viele Bereiche des öffentlichen Lebens zurückgekehrt. Teilweise hat dies eher einen oberflächlichen Charakter. Treffend charakterisierte *Aleksandar Soljakovski* in „Nova Makedonija“ vom 23. 1. 1993 (Religiozni napred ostinati stop?) die Situation so: „Es geschieht kein wichtiges Ereignis ohne den Segen der Kirche. Selbst Lastwagen werden mit dem Segen der Priester registriert, Tankstellen (im Privatbesitz) werden geweiht, und die Arbeiten an der Gasleitung beginnen erst nach der Segnung durch hohe kirchliche Würdenträger. All dies wird von den Massenmedien registriert, so daß es vorkommt, daß einer Nachricht über die Einweihung eines Objektes, etwa einer Tankstelle, viel mehr Sendezeit gewidmet wird, als beispielsweise den Ereignissen auf den Schlachtfeldern in Bosnien und Herzegowina...“ Und weiter zum Nationalismus: „Einander sehr gut ergänzend, versuchen das Nationale und das Religiöse einige traditionelle Muster zu erneuern. Daher wohl zahlreiche Wissenslücken und Verirrungen, aber auch die Manipulation mit religiösen Gefühlen, wie übrigens auch mit den nationalen Gefühlen.“

Weiter gab er der Befürchtung Ausdruck, daß Makedonien ein Staat werde, in dem die Menschenrechte nicht mehr gewährleistet seien, weil die Orthodoxie zur Staatsreligion werde, und er zitierte dazu den Religionsphilosophen *Ljubomir Cuculovski*: „Ich rechne damit, daß auch weiterhin in bestimmten dogmatischen Mustern gedacht wird. Früher

Glaube und Leben eines großen Theologen



NEU: 160 Seiten, gebunden,
DM 26,80 /öS 196,- /SFr 25,-
ISBN 3-451-26385-8

Bernhard Häring gehört unbestritten zu jenen Männern der Kirche, die höchste fachliche Kompetenz und prägende Kraft auszeichnet.

Von seinen Freunden und Lesern gebeten, legt der „große, alte Mann“ zu seinem 85. Geburtstag mit diesem Buch etwas ganz Besonderes vor. In seiner ihm eigenen, bescheidenen Weise zeichnet der weltweit geschätzte Wissenschaftler sein Leben nach und läßt den Leser teilhaben an Person und Geschichte eines großen Theologen unseres Jahrhunderts.

*Unsere Bücher erhalten Sie in jeder Buchhandlung,
oder direkt beim Freiburger BuchVersand
Habsburgerstraße 116 – 79104 Freiburg
Tel. 0761 / 2717-328 – Fax 0761 / 2717-360*

HERDER

war das Dogma der Sozialismus, Marxismus, Atheismus, jetzt wird das neue Dogma, die Religion, eingeführt.“ Seine Sorge über einen zu großen politischen Einfluß der Kirche in Makedonien begründete Soljakovski u. a. damit, daß eine hohe geistliche Persönlichkeit beinahe Staatschef wurde und eine andere auf dem Parteitag der „makedonischen Partei eine politische Rede hielt“.

Und *Ljupka Hristova Baševska* meinte in „Degradacija na religijata“ (in der gleichen Nummer von „Nova Makedonija“): „Und im Hinblick auf die in unseren Gegenden im Laufe der Geschichte hergestellte feste Verbindung zwischen dem Religiösen und dem Ethnisch-Nationalen steht außer Zweifel, daß sich mein Verhältnis zur Religion als besonders wirksam auf der Ebene der Stärkung meines nationalen Selbstbewußtseins und Gefühls, den nationalen Zwecken zu dienen, zeigen wird.“

Im einzelnen kommt Repräsentanten der orthodoxen Kirche heute politischer Einfluß also im wesentlichen aufgrund von drei Faktoren zu:

1. Die Kirche war einzige Trägerin der nationalen Identität durch Jahrhunderte, was in den ehemals türkischen Gebieten durch das Millet-System begünstigt wurde: Die türkische Regierung überließ die Steuereintreibung und diverse andere Verwaltungsaufgaben den Religionsgemeinschaften.
2. Das orthodoxe Christentum fungiert teilweise als Ersatzideologie nach dem Ende des Kommunismus.
3. Es gibt einen Einfluß großer Gestalten des geistlichen Lebens aufgrund ihres persönlichen Ansehens.

Die oben genannten Beispiele zeigen, daß dieser Einfluß allerdings in sehr unterschiedlicher Weise genützt wird oder genützt werden kann, daß die Folgen positiv sein oder fragwürdige Wirkungen zeigen können. *Hannes Schreiber*

Kurzinformationen

Vatikanische Instruktion zu den Diözesansynoden

Die vatikanische Bischofskongregation und die Kongregation für die Evangelisierung der Völker veröffentlichten am 8. Juli eine Instruktion über die Diözesansynoden (Wortlaut in: *Osservatore Romano*, 9.7.97). Die Instruktion trägt das Datum vom 19. März 1997. Es handelt sich dabei um ein Dokument, in dem die einschlägigen *Canones* 460 bis 468 des Kirchenrechts erläutert und eingehend ausgelegt werden. Die Instruktion enthält Aussagen über Natur und Zweck der Diözesansynode (Kap. I), über ihre Zusammensetzung (II), über Einberufung und Vorbereitung (III), Ablauf (IV) sowie die synodalen Erklärungen und Dekrete. Auffallend Wert gelegt wird auf den lediglich beratenden Charakter von Diözesansynoden. Der Bischof bleibe frei, ob er die Empfehlungen einer Synode seiner Diözese annehme oder nicht. Jedem Versuch, die Synode im Sinne eines „angeblichen „Repräsentativorgans des Volkes Gottes“ dem Bischof gegenüberzustellen, wird eine Absage erteilt. Das Volk Gottes sei keine „unförmige Ansamm-

lung von Anhängern Christi“, sondern eine „priesterliche und organisch strukturierte Gemeinschaft“. Einerseits wird auf die Möglichkeit gedrungen, daß die Mitglieder der Synode, wie es das Kirchenrecht vorsieht, die Gelegenheit haben müssen, frei ihre Meinung sagen zu können. Andererseits wird der Bischof darauf verpflichtet, solche Positionen von der Diskussion „auszuschließen“, die im Widerspruch zur „ewigen Lehre der Kirche oder des Päpstlichen Lehramtes“ stehen bzw. Fragen der kirchlichen Disziplin betreffen, über die das oberste kirchliche Lehramt oder eine andere kirchliche Autorität zu befinden hätten. Letzteres soll auch dann gelten, wenn versucht wird, sich mit Hilfe von „Voten“ in einem konkreten Anliegen an das Lehramt zu wenden. In einer Fußnote wird darauf hingewiesen, daß der Grundsatz des Kirchenrechts aus *Can. 119, 3*, nach dem das, was alle als einzelne betrifft, ... von allen gebilligt werden (muß)“, auf Diözesansynoden nicht anwendbar sei. In der Einleitung zur Instruktion wird auch auf die Tatsache hingewiesen, daß sich anstelle von Synoden diözesane Versammlungen eingebürgert hätten, die bislang einer eingehenderen kanonischen Um-

schreibung entbehrten. Bei der als dringlich herausgestellten rechtlichen Festlegung nichtsynodaler diözesaner Versammlungen und Foren solle die vorliegende Instruktion entsprechend berücksichtigt werden.

Kirchenklausel im Vertrag von Amsterdam

Der Europäische Rat, die Versammlung der Regierungschefs der EU-Länder, hat auf seiner Sitzung am 17. Juni 1997 in Amsterdam eine Erklärung beschlossen, die den Kirchen und Religionsgemeinschaften einen Weg in die europäische Rechtsordnung eröffnet. Die Bestimmungen über den „Status der Kirchen und nichtkonfessionellen Organisationen“ sind in zwei kurzen Absätzen innerhalb einer „Erklärung zur Schlußakte“ enthalten. Sie lauten: „Die Union achtet den Status, den Kirche, religiöse Vereinigungen oder Gemeinschaften in den Mitgliedsstaaten nach deren Rechtsvorschriften genießen, und läßt ihn unangetastet. Ebenso achtet die Union den Status von weltanschaulichen und nichtkonfessionellen Organisationen.“ Die Kir-